

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 277.

Montag, den 27. November 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Tabakarbeiter und die Reichstagswahlen.

In wenig ideal veranlagten Familien kommt es vor, daß ein Kind oft dann geprügelt wird, wenn andere Kinder irgend etwas verbrochen haben. Hier geht man dann von der falschen Voraussetzung aus, daß das angeblich misratene Kind der Schuldige ist. Schlimmer als einem zurückgesetzten Kinde in einer solchen Familie geht es den Tabakarbeitern in Deutschland; sie werden auch dann geprügelt, wenn man ihnen mit dem besten Willen keine Sünden vorwerfen kann.

Die Ursache ist in der mangelhaften volkswirtschaftlichen Bildung der Staatsmänner zu suchen. Weil es eine Anzahl von Staaten gibt, die, wie Frankreich, Österreich, Italien usw., das Tabakmonopol und dadurch eine große Einnahme haben, weil der ganze Fabrikationsgewinn, zusätzlich einer erheblichen Besteuerung, in die Staatskasse fließt, so glauben unsere Staatsmänner, daß die Einnahmen aus Tabak sich beliebig erhöhen lassen. Dieser Glaube wird noch genährt durch den Umstand, daß auch Staaten ohne Tabakmonopol, wie England und Rußland, erhebliche Einnahmen aus der Tabakbesteuerung haben.

Obwohl es kein Land in Europa gibt, welches eine größere Tabakindustrie hat als Deutschland, so scheinen doch die Staatsmänner die Leidensgeschichte dieses Erwerbszweiges und der Hunderttausende von Arbeitern, die darin ihren Broterwerb suchen, wenig zu kennen. Nach der Gewerbezahlung von 1907 gibt es in Deutschland in der Tabakfabrikation 25 470 Betriebe mit 203 224 beschäftigten Personen; außerdem 22 612 Zigarrenhandlungen, in denen 37 007 Personen beschäftigt waren. Rund 240 000 Personen finden direkt in der Tabakfabrikation und dem Handel mit diesen Produkten ihren Broterwerb. Dazu kommen noch zahllose Arbeiter der Hilfsgewerbe, wie Kistenfabrikation, Steindruckerei, Bandwirker, Fabriken zur Herstellung der Formen und anderer Werkzeuge usw. Zählt man die in anderen Gewerben direkt für die Tabakindustrie beschäftigten Personen mit, dann darf man annehmen, daß durch die Tabakindustrie mehr als 300 000 Personen ihren Erwerb finden.

Die Leidensgeschichte beginnt, sobald man nach den Löhnen fragt. Es gibt keinen Erwerbszweig in Deutschland, dessen Arbeiter so schlecht bezahlt werden, wie die Tabakarbeiter. Während die gegen Unfall versicherten Arbeiter, die in den 66 gewerkschaftlichen Berufsgenossenschaften versichert waren, 1909 einen Durchschnittslohn von 951,5 Mark erhalten, hatten die Tabakarbeiter nur einen solchen von 616 Mark. Freilich ist unter den Tabakarbeitern die Zahl der schlecht gelohnten weiblichen Arbeiter sehr groß. Das trifft aber auch bei den Textilarbeitern zu. In den 6 Textilberufsgenossenschaften, der Leinen- und Seidenberufsgenossenschaft, wurde ein Durchschnittslohn von 800,70 Mark gezahlt.

So schlechte Lohnverhältnisse waren aber nicht immer in der Tabakindustrie. Es gab Zeiten, in denen die Tabakarbeiter zu den bestgelohnten Arbeitern gehörten. Der Lohndruck steht in innigem Zusammenhange mit der Steuererhebung des Deutschen Reiches. Die Gründe, welche die Staatsmänner angeben, daß der Tabak ein ideales Steuerobjekt sei, sind für die Tabakarbeiter verhängnisvoll. Bismarck sagte in seiner bekannten Steuerrede vom 22. November 1875, daß der Tabak ein entbehrliches Genußmittel sei, bei dem es der Verbraucher in der Hand habe, so viel Steuern zu zahlen, als er entbehren könne. Staatsmann und Tabakverbraucher sind aber nicht die einzigen, welche in Betracht kommen. Zwingen hohe Steuern den Verbraucher, auf gewisse Genüsse zu verzichten, dann mag mancher Nichtraucher das für eine Annehmlichkeit halten. Aber Einschränkung des Tabakverbrauches bedeutet für den Tabakarbeiter Verlust des Broterwerbs.

In der Tat ist ein enger Zusammenhang zwischen dem Preise des Produktes und der Menge des Verbrauches. Das sieht man deutlich an dem Verbrauch in den Monopolländern. Als zum Beispiel im Anfang der 70er Jahre in Frankreich der Durchschnittspreis für Tabakfabrikate von 9 auf 11,50 Franks für ein Kilogramm erhöht wurde, sank der Verbrauch von 30,8 Millionen Kilogramm auf 27 Millionen Kilogramm.

Alle Idealisten der Freunde hoher Tabakbesteuerung sind abschreckende Beispiele für den Volkswirt. Gewiß liefern die Monopole in Österreich und Frankreich, sowie die Steuer in England große Erträge. Aber in diesen drei Großstaaten werden zusammen nicht so viel Arbeiter

in der Tabakfabrikation beschäftigt, wie in Deutschland allein. Man kann annehmen, daß, wenn die Staatsmänner die Erträge aus der Tabaksteuer so hoch heben, wie in jenen Ländern, sie dann auch die Industrie so tief herabgedrückt werden.

Freilich wird oft die Steuererhöhung von 1879 als Gegenbeweis angeführt. Damals wurde die Steuer für inländischen Tabak von 6 Mk. auf 45 Mk., und der Zoll für ausländischen Tabak von 24 Mk. auf 85 Mk. für den Doppelzentner erhöht, und doch ist die Zigarrenfabrikation gestiegen. Damals standen die Fabrikanten vor der Frage, ob sie entsprechend der Steuererhöhung die Preise erhöhen und damit mit einer Abnahme des Verbrauches rechnen wollten, oder ob sie den Absatz behalten wollten, indem sie die Waren zum alten Preise lieferten. Weil die meisten Fabrikanten noch große Vorräte zum alten Zollsatz versteuerten Tabaks hatten, erklärten sie sich bereit, vorläufig zum alten Preise zu liefern.

Dann begannen die Lohnreduktionen. In Hamburg, Bremen und anderen Hauptorten der Fabrikation traten Lohnreduktionen von vier, fünf und mehr Mark für ein Tausend Zigarren ein. Die Arbeiter konnten sich nicht wehren. Am 21. Oktober 1878 war das Sozialistengesetz in Kraft getreten, die Organisationen waren aufgelöst, also die Arbeiter machtlos. Viele, die für so niedrige Löhne nicht arbeiten wollten, zogen nach Amerika. Die Fabrikanten verlegten gleichzeitig ihre Fabriken nach den Orten mit billigerer Arbeitskraft. 15 große Fabrikanten Hamburgs wiesen aus ihren Büchern nach, daß sie 1878 für 100 760 000 Zigarren 1 831 324 Mark Arbeitslohn, also durchschnittlich pro 1000 Stück 18,17 Mk. zahlten. Da aus einem Doppelzentner Tabak durchschnittlich 12½ Tausend Zigarren hergestellt werden, so konnten sie trotz Steuererhöhung die Zigarren für den alten Preis liefern. Die Mehrerträge der Steuern wurden den Arbeitern vom Lohn abgezogen.

Seit jener Zeit kamen die Tabakarbeiter nicht mehr zur Ruhe. 1881 brachte Bismarck den Monopolgesetz-Entwurf, 1893 Posadowsky die Fabriksteuer, 1894 kam ein ähnlicher Gesetzentwurf, 1906 erhöhter Tabakzoll und Zigarettensteuer. Obwohl die Entwürfe von 1881, 1893, 1894 und die Zollerrhöhung von 1906 abgelehnt wurden, so brachten doch all diese Entwürfe solche Beunruhigungen in die Zigarrenfabrikation, daß an eine Verbesserung der Lage der Arbeiter nicht gedacht werden konnte. Dann kam 1909 die Wertsteuer. Man mußte, daß dadurch die Lage der Arbeiter verschlechtert wurde. Jede Erhöhung der Preise bringt Verminderung des Verbrauches, jede Verminderung des Verbrauches bringt Arbeitslosigkeit und jede Arbeitslosigkeit Rückgang der Löhne.

Als dann 1909 die Sozialdemokraten einen Antrag brachten, der der Monopolvorlage des Fürsten Bismarck entnommen worden war, in dem eine Entschädigung der brotlos werdenden Arbeiter gefordert wurde, da kam ein förmlicher Wettlauf der Parteien, die ähnliche Anträge einbrachten. Ein Antrag Giesberts, nach welchem die arbeitslos werdenden Arbeiter, die weniger als ein Jahr in der Tabakindustrie beschäftigt waren, entschädigt werden sollten, wurde mit 341 Stimmen gegen 10 konservative und zwei Zentrumsstimmen angenommen. Es war also eine erdrückende Mehrheit für diesen Antrag. Aber das Zentrum wollte die Entschädigung gar nicht bewilligen. Zur dritten Lesung brachten Giesberts und Genossen einen Antrag, wodurch die Entschädigungssumme auf vier Millionen Mark herabgesetzt wurde. Diese Änderung machte aus dem Beschlusse der zweiten Lesung eine Karikatur. Man bedenke, daß allein 1909 an die gegen Unfall versicherten Arbeiter mehr als 107 Millionen Mark Lohn ausgezahlt worden ist!

Wenn nun aber nur hundert Arbeiter brotlos wurden, dann reichte die Summe schon nicht aus. Es sind zwar noch 750 000 Mk. nachbewilligt worden, aber mehr als hunderttausend Geschädigte, die durch Betriebseinschränkung oder durch die Begleiterscheinungen schlechten Geschäftsganges (da man für den alten Lohn erheblich bessere Arbeit verlangte) geschädigt wurden, haben keinen Pfennig erhalten.

Wollen die Tabakarbeiter sich vor ähnlichen Schädigungen schützen, dann gibt es nur einen Weg, nämlich, dem Rußstiefel Halt gebieten! So lange die jetzigen Mehrheitsparteien die Mehrheit behalten, werden sie für Heer, Marine, Kolonial- und Weltpolitik stets steigende Ausgaben bewilligen. Sobald aber die Finanzkalamität steigt, werden unsere Staatsmänner immer wieder mit neuen Tabaksteuervorlagen kommen. Immer erhält die alte verlogene Phrase: Der Tabak muß bluten! Wer den Tabak kennt, weiß, daß er ein trockenes, blutloses Kraut ist. Was durch die Tabaksteuervorlagen zum Bluten gebracht wird, ist nicht der

Tabak, sondern es sind die Tabakarbeiter. Sie werden bis zum Weißbluten geschürpft!

Für den Tabakarbeiter kann es daher nur eine Lösung geben: keine Stimme für den Kandidaten von Parteien, die für Gejehe stimmen, durch die solche Finanzlage geschaffen wird, aus denen dann die Tabaksteuervorlagen hervorgehen.

Die Partei, die alle Ausgaben für Rüstungszwecke zu Wasser und zu Lande abgelehnt, die die Kolonial- und Weltpolitik und den Imperialismus bekämpft hat, ist die Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratie hat auch alle Tabaksteuervorlagen bekämpft und ist jederzeit eingetreten für die Interessen der Tabakarbeiter.

Für die Tabakarbeiter ist der Wahlkampf ein Kampf um die Existenz. Jede Mehrausgabe für Rüstungszwecke ist die Einleitung zu einer neuen Tabaksteuervorlage. Jeder Tabakarbeiter, der danach strebt, seine Lage zu verbessern, muß seine ganze Kraft einsetzen, die Sozialdemokratie im Reichstage zu stärken.

Die Reichstagswahl.

Die Parteiverschiebungen im Reichstage.

Die „Voss. Ztg.“ weist darauf hin, daß seit den Wahlen von 1907 im ganzen 48 Reichstagsersatzwahlen erforderlich gewesen sind, abgesehen von der offengelassenen Ersatzwahl für Liebermann v. Sonnenberg. Von 48 Reichstagsersatzwahlen sind 30 für die Partei, die im Besitz des Mandats war, erfolgreich gewesen, 18 haben mit einem Verlust des Mandats geendet. In 18 Wahlkreisen ist also seit 1907 eine Parteiverschiebung erfolgt.

Die Konservativen und Christlich-Sozialen erzielten nicht einen einzigen Gewinn, verloren aber vier Mandate: Emden-Norden und Labiau-Wehlau an die Fortschrittliche Volkspartei, Siegen und Dlegko-Lyck an die Nationalliberalen.

Die Antisemiten gewannen gleichfalls nirgends ein neues Mandat, verloren aber zwei Wahlkreise: Eisenach und Schopau-Marienberg an die Sozialdemokraten.

Das Mandat des Bundes der Landwirte für Alzen-Bingen ging nach dem Tode des Abg. Keller an das Zentrum über.

Neben diesem Mandatsgewinn hatte das Zentrum drei empfindliche Verluste zu verzeichnen: Es verlor Immenstadt und Konstanz an die Nationalliberalen, Düsseldorf an die Sozialdemokraten.

Die Polen hatten weder Verluste noch Gewinne zu verzeichnen.

Die Welfen eroberten Syke-Hoya-Verden von den Nationalliberalen.

Die Nationalliberalen gewannen vier Mandate: Siegen von den Christlich-Sozialen, Dlegko-Lyck von den Konservativen, Immenstadt und Konstanz vom Zentrum. Sie büßten aber sechs Mandate ein: an die Welfen Syke-Hoya-Verden und an die Sozialdemokraten Landau, Cannstatt, Coburg, Friedberg-Südlingen und Frankfurt-Lebus.

Die Fortschrittliche Volkspartei verlor an die Sozialdemokraten Akeründe-Weßom-Wollin und Halle, gewann aber von den Konservativen Emden-Norden und Labiau-Wehlau.

Die Sozialdemokraten endlich gewannen zehn Mandate: zwei von den Antisemiten (Eisenach und Schopau-Marienberg), zwei von der Fortschrittlichen Volkspartei (Akeründe-Weßom-Wollin und Halle) fünf von den Nationalliberalen (Landau, Coburg, Friedberg, Cannstatt, Frankfurt-Lebus) und schließlich vom Zentrum Düsseldorf.

Die „Vossische Ztg.“ erlaubt sich zur vorstehenden Zusammenstellung zu bemerken, daß „von den zehn Mandaten, die der Sozialdemokratie in Reichstagsersatzwahlen zugefallen sind, nicht ein einziges errungen wurde, solange der Fürst Bülow im Amte war.“ Alle zehn seien von der Sozialdemokratie erst nach der Sprengung des Bülow-Blockes erobert worden unter der Herrschaft der konservativ-klerikalen Mehrheit. Mit dem Geistesbeschwörer Bülow sei also auch das Glück der nationalen Parteien dahin. Dasselbe wurde auch nach dem Abgange Bismarcks gesagt. Die Sozialdemokratie aber wird ungeachtet der kommenden und gehenden Männer weitere Fortschritte machen.

Reichstagsauflösung in Sicht?

Als Termin für die Auflösung des Reichstages ist, wie die „Militärpol. Korrespondenz“ versichern zu können glaubt, Mittwoch, der 6. Dezember, in sichere Aussicht genommen.

REINHEIT IMPERIE SOLLO

Margarine, die Eiltemarken der Branche, ersetzen

FEINSTE BUTTER

Alleinige Fabrikanten: Holländische Margarine-Werke Jurgens & Prinzen, G. m. b. H., Goch (Rhd.).

Bekanntmachung.

Da demnächst von der Ueberlandzentrale Lübeck die nach Ubenburg i. S. führende Hochspannungsfernleitung in Betrieb genommen wird, so wird hiermit auf die Gefahr aufmerksam gemacht, die ein leichtfertiges Berühren der Leitung zur Folge haben kann.

Die Starkstromleitungen der Ueberlandzentrale sind durch Anbringung einer Warnungstafel mit einem roten Blitz-Blitzzeichen an den Masten kenntlich gemacht.

Die Starkstromleitungen und alle mit ihnen in Verbindung stehenden Leitungen dürfen, auch wenn sie am Boden liegen, unter keinen Umständen berührt werden, da dies mit Lebensgefahr verbunden ist. Auch der Versuch, durch Berührung mit der Starkstromleitung verunglückte Menschen oder Tiere von der Leitung fortzureißen, ist mit Lebensgefahr verbunden.

Ein Berühren der Leitung ist nur in spannungsfreiem Zustand gefahrlos möglich. Das Außerbetriebsetzen der Leitung darf nur in dringenden Fällen durch damit vertraute Personen des Werks mit den dazu bestimmten Gerätschaften geschehen.

Es wird auch vor dem Aufreigenlassen von Drachen und Ballons in der Nähe der Leitungen gewarnt, da die Schnüre damit leicht in Berührung kommen können.

Bei jedem Unfall oder Brande in der Nähe der Starkstromleitungen ist das Zentralbureau der Ueberlandzentrale Lübeck, Königstraße 13, Telephon 696, oder die Meldestellen desselben (vorläufig in Develgönne und Bieschendorf) auf schnellstem Wege zu benachrichtigen. Die daraus entstehenden Auslagen werden von dem Werk vergütet.

Die Leitungsanlage der Ueberlandzentrale wird von eigens dazu bestelltem Personal dauernd überwacht. Das Werk wird aber den Polizeiverwaltungen, Ortsvorständen, Schulbehörden, sowie jedermann zu großem Danke verpflichtet sein, wenn dasselbe durch Belehrung der Anwohner, der Schulkinder etc. unterstützt und dasselbe von Unregelmäßigkeiten, Funkenbildungen usw. an der Leitungsanlage und zwar gegen Ersparnis der Kosten unter Bezeichnung obiger Adressen in Kenntnis gesetzt würde.

Ueberlandzentrale Lübeck.

Hasenfelle, Kanin, Iltis, Otter, Marder, Fuchs etc. sowie Pferdehaare kauft zu höchsten Tagespreisen D. Wagner, Holstenstraße 8.

Achtung - Schneider!

Die am Dienstag fällige Mitglieder-Versammlung findet umständebahler nicht statt.

Die Ortsverwaltung.

Holzarbeiter-Verein.

Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung am Dienstag, 28. Nov.

abends 8 1/4 Uhr im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50-52 Tages-Ordnung:

1. Die Umgehung des paritätischen Arbeitsnachweises und Bericht von den Kuratoriumsitzungen.
2. Weihnachtsbergnügen.
3. Kartellberichte.
4. Bewilligung von Geld aus der Lokalkasse.
5. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Verein der Musikfreunde.

Mittwoch, den 29. November abends 8 Uhr.

in der Stadthalle: 8. volkstümliches Konzert

(Orchester 52 Musiker.)

Leitung: Kapellmeister Wilhelm Furtwängler. Solist: Herr O. Pannier (Fagott). Zur Ausführung kommen u. a.: Jubel-Ouverture C. M. v. Weber. Valse-Fantaisie (zum ersten Mal) M. Glinka. Valse mélancolique } aus der Suite Terno con variazioni } Nr. 3. P. Tschairowsky. Phantasie aus „Das Glöckchen des Eremiten“ A. Maillart. Programm im Lübecker Konzert-Anzeiger.

Das

sind

sie!



Die

„Union-Brikets“

welche

billiger und besser sind als Steinkohle.

Machen Sie einen Versuch!

Erhältlich in den Kohlenhandlungen!



Vereinigte Butterhändler v. Lübeck u. Umg.

Allerfeinste Meiereibutter

kostet Pfd. 1.60 Mk.

Sozialdemokratischer Verein für Stockelsdorf u. Umgegend.

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, 28. Novbr. abends 8 Uhr bei L. Paetau, Zadenburg. Der Vorstand.

